

# Gewerkschaftliche Rundschau

Organ des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen,

Mitglied des Gesamtverbandes der Christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr.  
9

Erscheint alle 14 Tage. Durch die  
Post bezogen monatl. 50 Pfg., mal  
Leitungszahl des Vorleservereins  
der Buchhändler.

Köln, den 3. Mai 1924

Hauptgeschäftsstelle: Benloer  
Wall 9. Fernspr. Anno 8538.  
Postfach-Konto Köln 18937.

12.  
Jahre.

„Wir stehen in einer wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung, in einem Umschwung der Ideen, in einer Krise, wie sie die christliche Zeitrechnung kaum gesehen hat. Wir werden sie nur bestehen im festem Zusammenhange, in klarer Erfassung der drängenden Ideen, welche nach Gestaltung ringen, in opferwilliger fröhlicher Aufnahme der Aufgaben, die unserer Zeit gestellt sind.“

Professor Dr. Franz Hitz.

## Ziel und Aufgaben.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat die deutsche Arbeitnehmerbewegung in die Abwehrstellung gedrängt. Es ist offenes Geheimnis, daß die Konsolidierung der finanziellen Basis noch nicht aus den Anfängen heraus ist. Weit schwieriger als beide Aufgaben wiegt in Führerkreisen die Erkenntnis der qualitativen Entwertung der Bewegung. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob die Umstellung des gewerkschaftlichen Apparates auf eine Lohnbewegungsmaschinerie der alleinige Grund hierzu war, oder ob der ungewöhnliche Zustrom der Neugewerkschaftler den alten Kern so weit hob, daß anstatt des geschichtlich begründeten ideellen Zusammenschlusses ein solcher materieller Art zustande kam. All dies ist Sichtungsmaterial für den Psychologen, sind Anhaltspunkte zur Beschleunigung des Gesundungsprozesses.

Manche Gründer der Bewegung, viele alte erprobte Gewerkschaftler, Pfeiler am Gebäude der Organisation, sind dem Zahn der Zeit zum Opfer gefallen. Die neuen Kollegen sind führend geworden. Viele ohne die Eigenschaften des Führers und Mitarbeiters, ohne die grundhafteste Weisenseinheit, die die Gewerkschaftsbewegung zum volkswirtschaftlichen Faktor werden ließ. Der Rest vorhandenen Sauerleuges muß nun aber machtvoll gesundend die Bewegung durchdringen. Die Stabilisierung der Währung, die auf allen Gebieten zwangsläufig im gesunden Sinne einflussgebend wirkt, bietet auch für die Arbeitnehmerbewegung äußeren Anlaß und moralische Unterlage für die Abkehr vom materiellen Zeitgeist. So notwendig die Regelung der äußeren Bedürfnisse dem einzelnen erscheinen mag, sie wird nie vollkommen werden; wenn nicht Hand in Hand damit die nach Befriedigung ringenden Bedürfnisse des inneren Menschen geordnet werden. Geistes- und Herzensbildung müssen gepflegt, Familienförm, Jugendideale und Standesbewußtsein aufgeweckt werden. Das an diesen Aufgaben

eine christliche Arbeitnehmerbewegung nicht vorbeigehen kann, bedarf keiner Frage. Es ist eine beliebte Phrase unserer Gegner zu behaupten, wir wollten die innere Zufriedenheit unserer Anhänger zur Dämmern der äußeren Bedürfnisse fördern. Im Gegenteil: Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zielen. Was uns treibt von dem Zirkel des Materialismus in die gesunde Bahn unseres alten christlich nationalen Gewerkschaftsprogramms, ist die Sorge um den Menschen in uns und die Erkenntnis, daß sich durch innere Zufriedenheit der Blick für die äußere Gestaltung unseres Lebens ethischer und ungezügelter entfalten wird.

Deshalb abgerückt von den Sophisten der Werkbank, die Infolge ihrer einseitig materialistischen Auffassung einzig und allein immer wieder alles Heil in Lohn-erhöhungen suchen. Der christliche Gewerkschaftler kennt neben diesen Bestrebungen andere, die auf sich selbst und die Nächsten angewandt, doppelten Gewinn verbürgen. Der von christlicher Ethik durchdrungene Gewerkschaftler ist, kraft seiner sich auf alle Gefühlsregungen erstreckende Disziplin, ein weit verlässlicher und ausdauernder Kämpfer, wie der materialistisch Versuchte, dessen Kampffluhr nur an der Oberfläche lodert. Haltet einmal Umschau unter den Vorgesetzten die eurem Stande hervorgingen. Sind nicht die Phrasendrescher von früher, die alles versprochen und nichts gehalten haben dieselben, die ihre innere Hohlheit und manchmal mangelnde Befähigung zu Augenbleichern der Arbeitgeber stempelt und deshalb alle Verordnungen zum Schaden der Arbeiter auslegen sieht? Ein in Standesbewußtsein und christlichem Geiste großgewordener Arbeiter wird auch in gehobener Stellung aufrecht dastehen — und mit Takt walten können.

Deshalb, Kollegen, fördert und unterstützt mit allen Kräften eure Organisation und deren Bildungsbestrebungen. Drängt darauf, daß die Flachheit aus der Bewegung verschwindet. Ihr seid es euch und der kommenden Generation schuldig.

H. Sch.

## Entweder Lohnerhöhung, oder Senkung der Preise.

Langsam, aber ständig steigen in den letzten Wochen wieder die Preise. In erster Linie sind es die Lebensmittel, aber auch die gesteigerten Mieten, einschließlich der unsozialen Wohnsteuer, fangen an unerträglich zu werden.

Es ist schwer, genau im einzelnen anzugeben, in welchem Verhältnis der heutige Lohn zu den Vorkriegslöhnen steht, da zwischen den einzelnen Gruppen eine sehr starke Verschiebung eingetreten ist. Durchweg darf angenommen werden, daß die Spanne zwischen Friedenslohn und dem heutigen bei den gelernten Arbeitern, wie auch bei den dienstälteren größer ist, wie bei den Ungelernten und dienstjüngeren. Eine Folge der Anpassung der Löhne an den Bedarfslohn und dem Bestreben der letzten Jahre, den Höchstlohn in möglichst wenigen Dienstjahren zu erreichen. Durch die Einführung des Soziallohnes ist dann noch eine weitere Verschiebung des Verhältnisses zwischen ledigen und Verheirateten und den Verheirateten ohne Kinder und Verheirateten mit mehreren Kindern eingetreten.

Diese Verschiebungen, in Verbindung mit der Verringerung der Arbeitszeit, machen es außerordentlich schwer, genau festzustellen, wie sich der heutige Nominallohn zum Vorkriegslohn stellt. Alle Berechnungen und Vergleiche, die sich nicht auf einen ganz festbegrenzten Kreis beziehen, sind daher nur von sehr bedingtem Werte zur Beurteilung der jetzigen Löhne. Aus Vergleichen und statistischen Erhebungen darf aber wohl der Schluss gezogen werden, daß der heutige Goldnominallohn fast in keiner Gruppe 80 bis 90 Prozent des Nominallohnes der Vorkriegszeit übersteigt.

Wichtiger aber wie der Nominallohn ist der Reallohn, das heißt, es kommt nicht an erster Stelle darauf an, wie hoch der Lohn, in Goldmark ausgedrückt, ist, sondern welche Kaufkraft besitzt der Lohn, welche und wie viele Gebrauchsgüter, Nahrungsmittel lassen sich für den Lohn für eine bestimmte Anzahl von Arbeitstagen erwerben? Dieses letztere ist entscheidend. Für den Arbeitnehmer sind die Kosten der Lebenshaltung von ausschlaggebender Bedeutung zur Beurteilung der Kaufkraft des Geldes.

Unbestritten stehen heute die Kosten der Lebenshaltung durchweg 20 bis 30 Prozent höher wie 1914. Das bedeutet einschließlich der Unterlohnung von 10 bis 20 Prozent im Mittel eine Einschränkung der Lebenshaltung um 40 Prozent.

Gelingt es nicht, in nächster Zeit die Preise um mindestens 25 bis 30 Prozent zu drücken, dann erscheint es ausgeschlossen, den Vorkriegslohn zu halten. Die Regierung und die Wirtschaft steht hier vor einem Entweder-Oder. Eine Einschränkung der Lebenshaltung um 40 Prozent für eine Schicht, die schon in Vorkriegszeiten

ten zum Teil auf der untersten Stufe stand, bedeutet ein Raubbau an dem besten Gute einer Wirtschaft, der lebenden Volkskraft, bedeutet auch zugleich eine künstliche Niederhaltung der Kaufkraft im Innern eines Staates, der seine Erzeugnisse zu 80 Prozent im Inlande absetzen muß.

Diese Gedankengänge waren es, die die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften veranlaßten, bei der Reichsregierung Vorstellungen zu erheben und energisch ein Eingreifen zu verlangen. Insbesondere galt es, Einspruch zu erheben gegen die Auffassung, daß jede Lohnerhöhung zur Gefährdung der Stabilität unserer Währung führen müsse. Wenn auch den Lohnerhöhungen durch die Rücksicht auf unsere Währung Grenzen gesetzt sind, so finden wir diese Rücksicht selten bei anderen in Betracht kommenden Faktoren. Nicht nur Lohnerhöhungen über das zureichende Maß hinaus, sondern auch die vielen überflüssigen Zwischenglieder im Handel, die hohen Gewinne, die Preis- und Lieferungsbedingungen der Kartelle, wodurch die Preise erhöht, die Waren unnötigerweise verteuert, gefährden die Stabilität der Währung viel mehr, wie eine den Lebenshaltungskosten entsprechende Entlohnung. Es ist ein recht bedenkliches Zeichen, wenn auf der einen Seite, bei den Arbeitnehmern die allgrößte Einschränkung in dem Verbrauch der lebensnotwendigen Güter verlangt wird und zu gleicher Zeit eine erhebliche Zunahme im Verbrauch der Genussmittel und Luxusgegenstände, die zudem noch zum Teil aus dem Auslande bezogen werden, festgestellt werden kann. Der Konsum dieser Artikel beweist recht deutlich die Uebergewinne und ungesunden Ueberschüsse gewisser Schichten im Volke, die unbedingt eine Einschränkung erfahren müssen. Mit Nachdruck ist daher von der Regierung ein schärferes Zupacken in der Preisfrage verlangt worden.

Wenn es allerdings so weiter geht, wie in den letzten Wochen, wo die Regierung immer wieder die Notwendigkeit einer Preislenkung betont, die Preise aber unbestimmt darum langsam aber stetig in die Höhe klettern, braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Geduldsfaden bei den Arbeitnehmern reißt.

Lohnforderungen in größerem Umfange werden daher in den nächsten Wochen zu verzeichnen sein. Damit allein und mit großen Reden sind die Bewegungen aber noch nicht durchgeführt. In letzter Linie kommt es darauf an, ob hinter den gestellten Forderungen auch eine reale Macht steht, die denselben den notwendigen Nachdruck zu geben in der Lage ist. Erfahrungsgemäß haben unsere Arbeitnehmer, nicht zuletzt auch unsere Stadtverwaltungen, für das Reden und Drohen der Kommunisten nur noch ein überlegenes Lächeln übrig. Noch viel weniger vermag das Schmeicheln und Rabudeln der Indifferenten bei ihnen irgend einen Eindruck zu schinden. Vorbedingung für jeden Erfolg wird in Zukunft, wie bisher, eine starke gewerkschaftliche Organisation sein.

Wer daher ernstlich gewillt ist, aus dieser elenden Lage herauszukommen, wer Erfolge erwartet, muß seinerseits, soweit es in seinen Kräften steht, auch die Vorbedingungen dafür schaffen helfen. Nur dann wird die eingeleitete Aktion, die Löhne den Lebenshaltungskosten anzu-

gleichen, von Erfolg sein können. An dem guten Willen und ernstlichen Willen der Gewerkschaftsleitungen wird es nicht fehlen.

## Frei- oder Zwangswirtschaft im Wohnungswesen?

Trotz aller behördlichen Maßnahmen ist auf dem Wohnungsmarkte keine Entlastung eingetreten. Vor wie nach geben es noch Hunderttausende von Familien, die in einer Notwohnung mit allen ihren gesundheitlichen und sittlichen Gefahren zu hausen gezwungen sind. Ebenso vielen jungen Leuten wird die Gründung eines eigenen Hausstandes unmöglich gemacht. Wenn auch der Dichter sagt: Raum ist in der kleinsten Hütte für ein zärtlich liebend Paar, so muß doch eben diese kleine Hütte vorhanden sein. Die Neubautätigkeit hat in den letzten Jahren nur einen Bruchteil des Wohnungsbedarfes befriedigen können.

In fast gewissenloser Weise wird heute die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen für das Darniederliegen der Bautätigkeit verantwortlich zu machen versucht. Jedem Einsichtigen ist heute klar, daß diese Zwangswirtschaft in den Formen, wie sie in den letzten Jahren gehandhabt wurde

**Trotz Einschränkungen beim Personal der Gemeindefetriebe und Straßenbahnen und der Inflation, war es unserem Verbands im vergangenen Jahre möglich, die alte Mitgliederzahl zu halten. Das beste Zeugnis für die Güte unserer Bewegung und für die Treue unserer Mitglieder.**

**Doch Stillstand bedeutet immer noch Rückschritt. Die nächsten Monate müssen uns wieder einen erheblichen Fortschritt bringen. Steht auch in diesem Monat bei dieser Werbearbeit?**

auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Wenn die Mieten nicht anstreichen um hieraus die Unterhaltungskosten der vorhandenen Wohnungen zu decken, muß deren Verfall die notwendige Folge sein, da weder die Besitzer, noch Reich, Staat und Gemeinde in der Lage sind, dauernde Zuschüsse zur Erhaltung der vorhandenen Wohnungen zu leisten. Unterhaltungskosten, Steuer und Abgaben werden unter allen Umständen aus den laufenden Einnahmen an Mieten gedeckt werden müssen. Hierüber sind sich alle ernsthaft zu nehmenden Faktoren einig. Auch die Gesetzgebung hat seit ungefähr einem halben Jahre die bisherige Fesseln gelockert und eine Anpassung der Mieten an die tatsächlichen Unterhaltungskosten gestattet. Die Arbeitnehmer müssen sich mit dieser Tatsache abfinden, wenn auch besonders hervorgehoben werden muß, daß die hieraus entstehende Belastung des Haushaltes unbedingt durch Lohn- und Gehalts erhöhungen abgewälzt werden muß.

Wogegen wir uns aber entschieden zu wenden haben, ist der Vorwurf: der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen verdanken wir das Darniederliegen des Wohnungsbaues und damit eines großen Teiles der heutigen Wohnungsnot. Zunächst ist dem entgegenzuhalten: Die seit dem 1. Juni 1918 erstellten Wohnungen unterlie-

gen nicht der Zwangswirtschaft. Weder kann sowohl hinsichtlich der Vermietung, wie auch hinsichtlich der Höhe der Miete vollständig dem Eigentümer frei verfügt werden. Die Hauptursache für die ungenügende Neubautätigkeit liegt eben nicht an der Zwangswirtschaft als solche, sondern an der Unmöglichkeit von mindestens 95 Prozent der Familien, eine Miete in solcher Höhe zu zahlen, durch die eine Verzinsung des Baukapitals für Neubauten und eine Deckung der sonstigen Unkosten erfolgen könnte. Vorausgesetzt natürlich, wenn es möglich war, den notwendigen Baukredit aufzubringen. Die Baukosten eines Wohnhauses betragen heute, bei sparsamster Bauweise, obgleich die Löhne der Bauarbeiter kaum 85 bis 90 Prozent der Vorkriegszeit betragen rund 133 Prozent. Das bedeutet, in diesen neuen Häusern müßten die Mieten rund ein Drittel höher sein, wie die Friedensmieten. Eine Belastung, die schließlich getragen werden müßte, wenn dadurch die Wohnungsnot beseitigt und ein Preisregulator zwischen Angebot und Nachfrage von Wohnraum geschaffen würde. Dem ist aber nicht so. Die Erhöhung der Baukosten um ein Drittel ist nicht das Schlimmste. In dieser Verteuerung kommt noch eine erhebliche Erhöhung des Zinsfußes für Hypotheken. Während in Vorkriegszeiten Hypothekenzinsen zu durchweg 4 bis 4 1/2 Prozent zu haben waren, steht heute der Zinsfuß auf 10 bis 12 Prozent. Eine Rentabilität der neuen Wohnungen, und nur wenn diese gegeben ist, legt die private Bautätigkeit ein — ist unter den heutigen Umständen nur zu erzielen, wenn die Mieten nicht um ein Drittel, sondern mindestens auf das Dreifache der Friedensmiete erhöht würden. Eine Kleinwohnung von 4 Räumen käme damit auf monatlich 90 M zu stehen. Fünfundsechzig Prozent des jetzigen Einkommens der meisten Arbeitnehmer gingen dann allein für Wohnung drauf. Lohnerhöhungen aber in einem Umfange, daß der neue Lohn den Mieten entsprechen würde, würde unsere Wirtschaft gründlich zerstören und ganz bestimmt wieder eine neue, schlimmere Inflation herbeiführen, wie wir sie im letzten Jahre erlebten. Wer wirtschaftlich noch zu denken versteht, muß daher die Aufhebung der Zwangswirtschaft als Mittel, die Neubautätigkeit zu beleben, entschieden ablehnen. Wenn trotzdem die Agitation für eine vollständige Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen mit einer solchen Heftigkeit betrieben wird, wie es heute geschieht, dann steht dahinter nicht die Sorge um die Wohnungsnot, sondern das Bestreben, die Mieten in dem Maße zu steigern, wie Angebot und Nachfrage es nur eben gestatten. Allzu deutlich tritt dieser Werdesuch hervor, als daß noch Leute, die etwas von der Wirtschaft und dem Wohnungswesen verstehen, auf diese Schlagwörter hereinfallen. Im nämlichen Umfange, wie auch die Zeitschriften von Staats- und Gemeindefunktionären, die Hypothekengläubiger und Sozialisten, die Spartassenbücher, hat auch der Hausbesitz seinen vollen Anteil an der Vertreibung des deutschen Volkes zu tragen. Daran ändert auch die Anstellung von einigen hundert weiteren Sandbägen der Haus- und Grundbesitzvereine gar nichts. Auf diesem Wege zu neuen Wohnungen zu kommen erscheint daher vollständig ausgeschlossen. Wie aber würden sich die Verhältnisse gestalten haben, wenn schon vor Jahren ein vollständiger Abbau der Zwangswirtschaft

erfolgt wäre. Die Mieten wären bis zur vollständigen Erschöpfung auch der zahlungsfähigen Mieter, entsprechend dem Gelebe von Angebot und Nachfrage, gestiegen. Für Kriegsgewinnler und Schieber wäre die Wohnungsfrage gelöst. Fünfundneunzig Prozent der Arbeitnehmer hätten, wenn sie nur halbwegs anständig hätten wohnen wollen, die Hälfte ihres Einkommens für Wohnung ausgeben müssen. Da ich aber auch bei diesen Mietpreisen, wie oben nachgewiesen, die Neubautätigkeit nicht gelohnt hätte, wären von der privaten Bautätigkeit keine neuen Wohnungen erstellt worden. Der Hausbesitzer hätte nicht nur keine Verluste durch die Geldentwertung gehabt, sondern gewaltige Gewinne durch die Entwertung der Hypotheken gemacht. Er hätte sein Vermögen um das Dreifache gesteigert. Wo aber Gewinne zu verzeichnen sind, müssen ebenbürtige Verluste gebucht werden. In diesem Falle hätten die Besitzlosen zu all den sonstigen Lasten auch noch diese Inflationsgewinne tragen müssen. Aus Gerechtigkeits- und sozialen Gründen müssen wir uns daher entschieden gegen den vollständigen Abbau der Zwangswirtschaft energisch einsetzen.

Weber die Möglichkeiten, wie unter den gegebenen Umständen die Wohnungsnot einer Lösung entgegengeführt werden kann, das nächste Mal.

## Volkswirtschaftliches und Soziales.

### Das verarmte Deutschland.

Der Krieg und seine Folgen, insbesondere die Inflation, hat eine erhebliche Verschärfung der Vermögensverhältnisse herbeigeführt. Dabei sind wir aber im großen Ganzen viel ärmer geworden. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat ein Buch geschrieben, feststellt — solide Wirtschaft! — in dem folgenden gesagt wird:

„In volkswirtschaftlicher Hinsicht sehen die Dinge gewöhnlich so aus, als sei nur ein Teil unseres Volkes verarmt und andere seien um den gleichen Betrag reicher geworden. Nun ist das sicher richtig, daß es eine erhebliche Anzahl von Leuten gibt, die viel reicher sind, als sie früher waren. Besonders schlimm ist, daß ein großer Teil dieser Reichen von ihrem neuen Reichtum keinen anständigen Gebrauch macht, besonders nicht was höchste Pflicht wäre, nämlich zur Verringerung der Not des Volkes, sondern daß man umgekehrt immer wieder auf Fälle schamloser Genußsucht kößt. Dieß ist das freilich auch Leute, für die das Wort gilt: Wie gewonnen, so zerronnen, und wer sich heute noch in irgend einer Luxus- oder mit hohen Gelddbeträgen ausstüßt, liegt vielleicht morgen schon in der Gasse. Auf keinen Fall aber haben die Reichen auch nur annähernd den Betrag an Vermögen erworben, der früher in der Hand der anderen gewesen ist. Sondern das gesamte deutsche Volkvermögen wie auch die gesamten deutschen Volkseinkünfte sind seit der Zeit vor dem Kriege in erschütternder Weise vermindert. Was die Einnahmen des deutschen Volkes anbetrifft, so nimmt man sie für das Jahr 1913 im allgemeinen auf 37,5 Milliarden Mark an, wobei ich selbstverständlich nur von dem verteilten Reichsgebiet spreche. Für das Jahr 1924 habe ich die Einnahmen im Reichstag neuerlich auf 25 Milliarden Mark geschätzt, während z. B. der Abgeordnete Heineke nur 18 Milliarden Mark zugrunde legte. Von diesen verminderten Einnahmen müssen Reich, Länder und Gemeinden einen viel erheblicheren Teil als früher durch Steuer in Anspruch nehmen. Die steuerliche Belastung hat 1913 nur 10,9 v. H. des Einkommens betragen und wird für 1924 auf 27,7 v. H. geschätzt. Die Ziffern für 1913 sind immer auf das verringerte Reichsgebiet bezogen. Auch das Vermögen des deutschen Volkes ist ungemein vermindert.“

### Änderung in der Angestellten- und Invaliden-Versicherung.

Am 16. April hat die Reichsregierung eine Verordnung erlassen, durch die die Beiträge und Leistungen der Angestellten- und Invalidenversicherung eine Änderung erfahren.

In der Angestelltenversicherung sind folgende Gehaltsklassen gebildet worden:

Klasse	bei einem Monatsverdienst	Beitrag pro Monat
A	bis 50 M	1,50 M
B	über 50—100 M	3,— M
C	über 100—200 M	6,— M
D	über 200—300 M	9,— M
E	über 300 M	12,— M

Die Leistungen der Angestelltenversicherung bestehen aus Grundbetrag und Steigerungsbetrag. Ersterer beträgt für alle Gehaltsklassen 360 Goldmark pro Jahr. An Steigerungsbetrag werden 10 Prozent der jährlich entrichteten Beiträge gewährt.

In der Invalidenversicherung werden folgende Lohnklassen gebildet:

Klasse	bei einem Wochenverdienst	Beitrag pro Woche
I	bis zu 10 M	0,20 M
II	über 10—15 M	0,40 M
III	über 15—20 M	0,60 M
IV	über 20—25 M	0,80 M
V	über 25 M	1,— M

Die Renten legen sich zusammen aus dem Grundbetrag, dem Steigerungsbetrag und dem Reichszuschuß. Der Grundbetrag der Invalidenrente beträgt für alle Lohnklassen jährlich 120 Goldmark. An Steigerungsbetrag werden 10 Prozent der jährlich entrichteten Beiträge gewährt. Hierzu leistet das Reich für jede Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente einen Zuschuß von jährlich 36 Goldmark und für jede Waisenrente einen solchen von 24 Goldmark.

**Rad-Sport.** Der lang ersehnte Frühling ist da. Damit wird es möglich, den durch die strenge Winterzeit unterbrochenen Rad-Sport im Freien wieder aufzunehmen. Die Volkstümlichkeit des Rad-Sports bringt es mit sich, daß sich zu den zahlreichen alten Radlern viele neue Radfahrer gesellen. Die Einführung der Goldmarkwährung beim Erwerb eines Fahrrades dürfte auch dazu beitragen, dem gesunden Rad-Sport neue Freunde und Anhänger anzuführen. Wirklichen Genuß bietet der vielfältige Rad-Sport jedoch erst, wenn er in Gesellschaft gleichgesinnter Sportkollegen nach bestimmten Regeln und Zielen ausgeübt wird. Alle Kreise, welche dem christlich vaterländischen Radfahrer-Verband „Concordia“ noch fern stehen, seien hiermit auf diese überaus zeitgemäße und nützliche Rad-Sport-Organisation aufmerksam gemacht. Die „Concordia“ bietet jedem Radfahrer und jeder Radfahrerin durch ihre Unfall- und Haftpflichtversicherung, Gewährung von Rechtsanwaltschaft, Rechtschutz, kostenlos Sterbefälle usw. große Vorteile. Die Beiträge sind dabei so niedrig gehalten, daß jeder Radfahrer beitreten kann. Wegen näherer Auskunft, Anmeldung, Vereinsantrag usw. wende man sich an die Hauptgeschäftsstelle der „Concordia“ in Bamberg, Hauptwachstraße 14.

Der Beitritt unserer radfahrenden Kollegen ist deshalb besonders zu empfehlen, weil der obige Verband ein gelobtes Gegengewicht einerseits gegen die parteipolitisch stark einseitigen Arbeitersportvereine darstellt, aber auch andererseits die in den übrigen Sportvereinen nicht vertretenen Anschauungen den Sport als Selbstzweck zu betreiben, nicht mitmacht.

## Arbeiterbewegung.

**25 Jahre Westdeutsche Arbeiter-Zeitung.** Am 1. April konnte die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Als Organ der katholischen Arbeitervereine, die in enger Waffenbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften stehen, dient sie in erster Linie den sittlich-religiösen Bestrebungen, ohne aber die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Arbeiter zu vernachlässigen.

In dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens nahm sie sich der christlichen Gewerkschaften mit besonderer Wärme an und suchte sie mit allen Kräften zu fördern. Auch in den schweren Tagen des unglückseligen Gewerkschaftsstreites hat sie immer treu zu uns gestanden. Wenn sie sich in den letzten Jahren mehr auf ihr ureigenes Gebiet beschränkt hat, dann nicht deshalb, weil eine Entfremdung zwischen uns und ihr eingetreten, sondern weil die christlichen Gewerkschaften die Kinderkrankheiten überwunden, innerlich erstarkt sind, sich ihre eigenen Organe geschaffen haben und so auf die nachdrückliche Unterstützung der „Westdeutschen“ verzichten konnten. Um so nachdrücklicher konnte sie sich der geistig-religiösen Wiederaufrichtung der Arbeitnehmer widmen.

Mit dem Danke und der Anerkennung für ihre treue Hilfe verbinden wir die besten Wünsche für die Zukunft. Möge es ihr gelingen, auch fernerhin ihrem edlen Zwecke zu dienen. Nur aus einer tiefen geistig-religiösen Einstellung heraus, wird es gelingen, die Welt und das Wirtschaftsleben wieder umzustellen auf Recht und Gerechtigkeit, auf Wohlfahrt und Fortschritt.

**August Brust †.** Am ersten Osterfesttage hat wiederum der Tod einen aus unserer Reihen geholt, dem die christliche Arbeiterbewegung vieles zu danken hat. August Brust, der Gründer des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter, ist im Alter von 61 Jahren einem Schlaganfall erlegen. Mit ihm ist nicht nur der Gründer des Gewerksvereins dahingegangen, sondern einer der ersten Kämpfer der christlichen Gewerkschaften überhaupt. Sein Name ist untrennbar mit der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung verknüpft.

Schon als Kind lernte er die Not des Proletariats kennen, als der Vater vom Bergmannsloos ereilt, der Mutter mit 9 Kindern ins Haus gebracht wurde. Den kühnen Entschluß, sich für eine selbständige christliche Arbeiterbewegung einzusetzen, gab Brust einerseits die sozialdemokratischen Bestrebungen im alten Bergarbeiterverbande, andererseits die Mahnungen der Bergleute wegen ihrer Bestimmungen bei den Reichstagswahlen. Trotzdem die ersten christlichen Verbände der Bergarbeiter, die von Rosenkrantz gegründete Organisation und der Verband „Glückauf“ von Anton Krüger geleitete, durch den Kampf der Grundgemalten unterbrückt und durch die Sozialisten unterwühlt und durch beide Faktoren vernichtet waren, brachte der schon einmal gemahnte Brust den Mut auf, 1894 abermals einen neuen Verband, den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, zu gründen, dessen erster Vorsitzender, Schriftleiter und Kassierer er in einer Person, neben seinem Hauptberuf als Bergmann, war. Hervorragenden Anteil hat Brust auch an der Gründung der übrigen christlichen Gewerkschaften. In den Vorarbeiten des ersten christlichen Gewerkschaftscongresses 1899 in Mainz, wo das erste Programm unserer Bewegung beschlossen wurde, war er sehr stark beteiligt.

Brust war ein Kämpfer von Natur aus. Wer so viele Anfeindungen erfahren hatte, wie er, hat auch das Recht, sich kräftig zu wehren. Grob, aber ehrlich war seine Kampfweise. Mit seiner Stille, die er auch im Reden, wenn auch nur bildlich gesprochen, noch kräftig zu führen verstand, hat er dem jungen Gewerksverein wie der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung manch guten Dienst erwiesen.

In den letzten Jahren war Brust nicht mehr aktiv in der Leitung der christlichen Gewerkschaften tätig, trotzdem mit Leib und Seele der Bewegung verbunden. Untern Nachruf können wir nicht besser schließen, als durch seine eigenen Worte, die er anlässlich seines 60. Geburtstages aussprach: „Für das Gute, das ich gewollt, habe ich meine besten Kräfte eingesetzt. Mit Gottes Hilfe habe ich gewagt. Was unser Herrgott unser Werk können und mir gnädig sein!“

Der Ausschuh des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hielt seine diesjährige Frühjahrsversammlung in den Tagen vom 14. bis 18. April in Haderborn ab. In eingehender Weise beschäftigte er sich mit den Problemen, die unserer Bewegung gestellt sind. Es wurde eine Entschiedenheit zu den Wahlen und der Wahlleiter befaßt, die, wenn sie auch für die jetzt hinter uns liegenden Wahlen und der diesjährigen Wahlleiter keine Bedeutung mehr hat, doch von allgemeiner Bedeutung für unsere Gewerkschaftsbewegung ist, so daß wir sie nachstehend folgen lassen.

Der Ausschuh des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erklärt erneut, daß das deutsche Volk und der deutschen Arbeiterschaft Schicksal in sehr hohem Maße bestimmt wird vom eigenen Willen. Freiheit und Wohlfahrt dürfen nicht erzwungen werden im blinden Vertrauen auf die Hilfe anderer Völker und internationaler Einwirkungen. In dieser Erkenntnis lehnt der Ausschuh auch den sozialistisch-kommunistischen internationalen Weltfeiertag am 1. Mai ab, der, statt das deutsche Volk und die Arbeiterschaft auf ihre eigentliche Aufgabe hinzuweisen, Gedanken- und Taten, die in die Irre, statt zum Aufstehen und zur Freiheit, führen.

Von Bestürmern der Arbeiter wird erklärt, daß sie in diesem Jahre in besonderem Maße den Charakter einer Demonstration für den Achtundzwanzigsten tragen soll.

Demgegenüber ist zu sagen: Wo die Arbeitskraft über das unter Berücksichtigung der für das Gemeinwohl und die Sicherung eines dauernden materiellen und kulturellen Aufstiegs der Arbeiterschaft erforderliche und zulässige Maß hinausgeht, kann sie nicht durch Demonstrationen und Paraden auf den richtigen Stand zurückgeführt werden. Die Arbeiterschaft kommt nur dann zu gefunden und besseren Verhältnissen, wenn:

1. durch Anstrengung aller Volksgenossen wider die Klasse und gesunde Wirtschaftsverhältnisse geschaffen werden;
2. hinsichtlich der Löhne und Preise des Verkaufes Betrages größere Freiheit errungen wird, und
3. die Arbeiterschaft ihre Gewerkschaften so führt, daß durch diese auch die Auswirkung von sozialer Betreibung im Innern zurückgehalten werden können.

Der Ausschuh empfiehlt daher allen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaftsbewegung, am 1. Mai in der gewohnten Weise der Arbeit nachzugehen. Einsatzen der Versuche, durch terroristischen Druck die Stilllegung der Betriebe am 1. Mai zu erzwingen, ist mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Des weiteren fordert der Ausschuh des Gesamtverbandes die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf, im Sinne der Ende Januar 1924 bekanntgegebenen Richtlinien des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Wahlen, dahin zu wirken, daß die Wahlbewegung einen den Erfordernissen der Lage des deutschen Volkes gerecht werden Verlauf nimmt. Alle Anhänger unserer Bewegung müssen sich stets vor Augen halten, daß, je früher die Uneinigkeit des deutschen Volkes im Innern, desto länger sein Leidensweg ist. Unter allen Umständen muß auch verhindert werden, daß parteipolitische Auseinandersetzungen in Gewerkschaftsversammlungen stattfinden und unsere Gewerkschaftsbewegung in die Parteikämpfe hineingezogen wird. Die parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht dahin führen, daß unsere Bewegung, die sich in ehrlicher Arbeit bemüht, die Zerstörung unseres Volkes durch Zersplitterung des Gemeinschaftsgefühls zu überwinden, in ihrer geschlossenen Einigkeit und Wirksamkeit beeinträchtigt wird.

## Beamtenfragen.

Am 30. April soll den Reichsbeamten und — was wohl selbstverständlich erscheint — den übrigen Beamten die Frage für einen ganzen Monat im Voraus gestellt werden.

Hinterbliebenenfürsorge. Wie hatten in Nr. 7 unserer Organe über die Pensionen der Beamten berichtet, denen wir heute die Bestimmungen über die Hinter-

bliebenenfürsorge auf Grund des Beamten-Hinterbliebenengesetzes, des Hinterbliebenenfürsorgegesetzes und des Kommunalbeamtengesetzes folgen lassen.

Das Witwengeld beträgt 60 Proz. des zur Zeit des Todes des Beamten zu zahlenden Ruhegehalts. Dem Witwen- und Waisengeld wird ein Lebens- und Alterszuschlag (Versorgungszuschlag) hinzugefügt, auch wird Kinderzuschlag gewährt. Der Versorgungszuschlag beträgt die Höhe des Versorgungszuschlags, den ein Beamter erhalten würde, wenn sein Gehalt auch nicht höher wäre als Witwen- und Waisengeld zusammen beträgt. Es kann sogar beim Vorliegen besonderer Verhältnisse der Versorgungszuschlag dieselbe Höhe haben, die dem verstorbenen Beamten auf das zuletzt bezogene Ruhegehaltfähige Dienstverhältnis zugewiesen worden ist. Der Kinderzuschlag einschließlich Versorgungszuschlag wird in der gleichen Höhe gewährt, wie bei dem im Dienst befindlichen Beamten.

Das Waisengeld beträgt für Kinder, deren Mutter lebt, ein Fünftel des Witwengeldes für jedes Kind, im anderen Fall ein Drittel des Witwengeldes. Witwen- und Waisengeld dürfen zusammen nicht mehr betragen, als die Pension des Verstorbenen betragen haben würde. Hier kann also gegebenenfalls eine verhältnismäßige Kürzung eintreten.

War die Witwe mehr als 15 Jahre jünger als der Verstorbene, so wird für jedes angefangene Jahr des Altersunterschreites über 15 bis 25 Jahre das Witwengeld um ein Zwanzigstel gekürzt.

Eine Kürzung des Waisengeldes erfolgt nicht. Nach fünfjähriger Dauer der Ehe wird für jedes angefangene Jahr ihrer weiteren Dauer wieder ein Zwanzigstel hinzugefügt.

Witwengeld wird nicht gewährt, wenn die Ehe innerhalb 3 Monaten vor dem Ableben geschlossen wurde mit dem Zweck, der Witwe den Bezug von Witwengeld zu verschaffen.

Ein Beamter vor 10jähriger Dienstzeit, ohne Anspruch auf Pension gehabt zu haben, so kann mit Genehmigung der höchsten Behörde Witwengeld und Waisengeld bewilligt werden.

Die Zahlung des Witwen- und Waisengeldes beginnt mit Ablauf des Gnadenvierteljahres (siehe unten) und erfolgt monatlich im Voraus. Witwen- und Waisengeld sind nicht pfändbar.

Gegen Forderung des Witwen- und Waisengeldes sind die Landgerichte ausschließlich zuständig.

Gnadenbezüge für Beamte und Beamtengattinnen. Die grundsätzlichen Bestimmungen aus den verschiedenen Verordnungen und Gesetzen über die Gnadenbezüge ergeben folgenden Gesamtinhalt:

Es werden Gnadenbezüge gewährt den Hinterbliebenen:

- a) der aktiven Beamten und Beamtengattinnen,
- b) der Waisen- und Waisengattinnen,
- c) der Ruhegehalts- und Ruhegehaltsempfänger,
- d) Säuglinge gewährt werden den Hinterbliebenen:
- e) der nicht eheliche (nicht planmäßig) angelegten Beamten (Waisens).

### W. Waisen zu zahlen?

Empfangsberechtigt sind: die Witwen und eheliche oder legitimierte Nachkommen.

Nicht empfangsberechtigt sind u. a.: geschiedene Ehefrauen, Waisengattinnen, Stiefmütter und Pflegeeltern.

Sind weder Witwe noch eheliche oder legitimierte Nachkommen vorhanden, so kann das Gnadenvierteljahr auch gewährt werden, wenn der Verstorbene Verwandte oder aufsteigenden Linie, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder, deren Erbschaft er ganz oder überwiegend gewesen ist, in Bedürftigkeit hinterläßt, oder wenn und soweit der Nachlaß nicht ausreicht, die Kosten der letzten Krankheit und der Beerdigung zu decken.

Ob und zu wieviel zu zahlen ist, bestimmt — unter Ausschluß des Nachlasses — die für die Personalverwaltung zuständige Behörde. Im Zweifel ist die nächste höhere Instanz zu ziehen.

### W. Waisen zu zahlen?

Als Gnadenbezüge wird die zur Zeit des Todes gewährte volle Besoldung (bzw. Wartegeld, Ruhegehalt oder Ruhegehalt) des Verstorbenen nach der auf den Sterbemonat folgenden 3 Monate unter Anrechnung der vor dem Tode fällig gewordenen Besoldungsbestandteile gezahlt, bei Diakonen nur, soweit sie in festen monatlichen oder vierteljährlichen Beträgen gewährt wird.

Als Besoldung rechnet: Grundgehalt, Ortszuschlag (bzw. Wartegeld, Ruhegehalt oder Ruhegehalt), örtlicher Sonderzuschlag, Frauenbeihilfe, Kinderbeihilfe, Besoldungs- und Notzulage und unvollständige persönliche Zulagen.

Nicht als Besoldung sind u. a. anzusehen: Auswärteneinsparungen und sonstige Bezüge, die als Ersatz für bare Auslagen bestimmt sind, oder für widerrechtlich übertragene Renten gewährt werden.

In berücksichtigende Änderungen in der Zeit zwischen dem Tode des Beamten und dem Ablaufe des Gnadenvierteljahres: Allgemeine Änderung der Grundgehälter, Ortszuschläge, Frauenbeihilfe, Kinderbeihilfe, des örtlichen Sonderzuschlages, der Besoldungs- und Notzulage, der Höhe der für die Gewährung von Kinderbeihilfe zu berücksichtigenden Kinder und der sonstigen

für die Gewährung und die Höhe von Auswärteneinsparungen.

Nicht zu berücksichtigende Änderungen: Alle sonstigen Änderungen, die Gewährung einer Dienstalterszulage, Auszahlung in eine höhere Besoldungsgruppe usw.

Rechtliche Beratung der Gnadenbezüge findet nicht statt.

### W. Waisen zu zahlen?

Zu zahlen ist das Gnadenvierteljahr sofort nach der Anzeige des Todes durch die Hinterbliebenen (Vorlage der Urkunden) in einer Summe, auch wenn die Gehaltszahlung an aktive Beamte nur für Monatshefte erfolgt. Dagegen sind Nachzahlungen infolge Änderung der Bezüge jeweils nur für denselben Zeitraum und in derselben Höhe zu leisten, wie sie für Beamte im Dienst zuständige sind.

### Für die Hinterbliebenen.

Die zentralen Verwaltungen, die das letzte Gehalt oder die letzten Versorgungsbezüge des Verstorbenen gezahlt haben, haben aus den bisherigen Haushaltsposten das Gnadenvierteljahr, soweit es in festen Darlehen besteht, ohne besondere Anweisung zu zahlen:

- a) wenn eine Witwe hinterblieben ist: an diese, gleichviel, ob außer ihr Nachkommen vorhanden sind oder nicht;
- b) wenn keine Witwe, sondern nur ein Nachkomme hinterblieben ist, an diesen bzw. dessen Vormund.

Ergeben sich Bedenken aus der Persönlichkeit des Empfängers oder aus sonstigen Familienverhältnissen, die eine abweichende Regelung als angeeignet erscheinen lassen, beispielsweise wenn die hinterbliebene Witwe von dem Verstorbenen getrennt lebte und ihr die Fürsorge für die Person der Kinder nicht oblag, so ist für die Anweisung — wie auch in allen anderen nicht aufgeführten Fällen — die Dienststelle zuständig, die die Personalakten des Verstorbenen führt. Dieser Dienststelle sind auch die von den Hinterbliebenen der des Zahlungseingetragenen übergebenen (Sterbendeckung, Heiratsurkunde und gegebenenfalls Sterbendeckung der Ehefrau und Geburtsurkunde des hinterlassenen Kindes) mit dem Bemerkten, für welche Zeit, in welcher Höhe und an wen Gnadenbezüge gezahlt worden sind, unverzüglich nach Anweisung einzureichen. Die Hinterbliebenen sind der Ausübung der Gnadenbezüge anzuweisen, umgehend der Personaldienststelle

a) mitzuteilen, ob sie ihren Wohnsitz zu verlegen gedenken,

b) folgende Unterlagen einzureichen: Geburtsurkunde der Witwe, falls das Geburtsdatum nicht aus der Heiratsurkunde hervorgeht, Geburtsurkunde der waisengeldberechtigten Kinder und das Sterbendeckung für die Hinterbliebenen (das sie sich erst ausstellen lassen müssen).

## Büchertisch.

Arbeitsgesetz. Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 und Verordnung über die Arbeitszeit in Krankheitsfällen vom 13. Februar 1924, bearbeitet von Geh. Ober-Reg.-Rat Gerhard Kiehm, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Kart. 250 A. Verlag von Franz Vahlen in Berlin 25, 1924. 16.

Nach langen Kämpfen um den Achtundzwanzigsten und Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Verordnung erlassen worden, die an Stelle der früheren Demonstrationsverordnungen über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter, der Angestellten und der Personen in den Krankheitsfällen tritt. Sie ist von grundsätzlicher Bedeutung für alle Betriebe. Die demnach geltende der Ausnahmefälle vom Achtundzwanzigsten macht eine sachliche Erläuterung der neuen Vorschriften für Arbeitgeber und Arbeitnehmer notwendig. Der Leiter der Abteilung des Reichsarbeitsministeriums, aus der die Verordnung hervorgegangen ist, erscheint in erster Linie bemüht, die vielen noch sehr aufzuklärenden und noch ungelösten Streitfragen zu lösen. Für die Praxis des gewerblichen Lebens wird sein Kommentar unentbehrlich sein.

## Gedenktafel.



Gestorben sind die Kollegen:

Michael Meier, München	8. 2. 24
Oskar Michels, Vollmar	8. 4. 24
Josef Dimpfmeier, München	7. 4. 24
Fr. Kell, Hörde	10. 4. 24
Friedrich Schäfer, Danzig	11. 4. 24
Franz Rieders, Düsseldorf	13. 4. 24

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:

H. Eickmann, Köln, Benloewen 9  
Druckerei: Volkswacht-Verlag, Köln, Domstr. 9